

Themen in dieser Ausgabe:

- Altersdiskriminierung ...!
- soziale Trugbild ...!
- Übernahmezusage ...!
- Friedensrat Müllheim ...!
- Aufstocker ...!
- Barrikaden in Madrid ...!
- Ungleichheit ...!
- Arbeitsrecht ...!
- Montagsdemo aktuell ...!

IN DIESER AUSGABE:

Altersdiskriminierung - In Deutschland alltäglich?	2
Clement übernimmt Vorsitz des INSM-Kuratoriums - das soziale Trugbild wird enttarnt	2
Viele Azubis ohne Übernahmezusage	2
(Stadt)-Feste feiern - ohne Militär	2
Jeder dritte Hartz IV Bezieher ein Aufstocker	2
Millionen auf der Straße - Barrikaden in Madrid	3
Wirtschaftliche Ungleichheit größer als befürchtet	3
EU: Arbeitsrecht in der Krise	3
Rheinfelder Montagsdemo 2012	4

Fiskalpakt: Sozialabbau leicht gemacht

Die schwarz-gelbe Koalition hat sich mit SPD und Grünen auf die Bedingungen zum europäischen Fiskalpakt geeinigt. Von der rigiden Sparpolitik, die sie der Euro-Zone verordnet hat, musste sich die Bundesregierung bei den Verhandlungen mit der Opposition nicht verabschieden. Nach der Einigung mit SPD und Grünen bezogen die Vertreter der Regierung die beiden Oppositionsparteien geradezu generös in ihre Lobreden über die Handlungsfähigkeit der europäischen Führungsnation ein. Volker Kauder, Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag, sah in den Verhandlungen zum Fiskalpakt ein Signal des nationalen Zusammenhalts. Rainer Brüderle, Vorsitzender der Bundestagsfraktion der FDP, sagte, es wäre

angesichts dessen ist es konsequent, dass auch SPD und Grüne den Erfolg für sich reklamieren. ... Wichtiger als die Absenkung der Defizitgrenze ist aber, dass bei deren Überschreitung die EU-Kommission berechtigt sein wird, Korrekturmaßnahmen zu ergreifen, die

programme« sein, die von der EU-Kommission nicht nur konzipiert, sondern auch von ihr überwacht werden sollen. Bei Nichtumsetzung werden



»automatisch ausgelöst und inhaltlich von der Kommission vorgegeben werden«, wie es im Vertrag heißt. Obwohl geringfügige Ausnahmen bei dieser Regelung vorgesehen sind, soll die Wirtschafts- und Finanzpolitik von Krisenstaaten oder jenen Euro-Staaten, die aus politischen Gründen nicht bereit sind, sich an die Vorgaben zu halten, von der EU-Kommission übernommen werden. Die Grundlage dieser Politik sollen »Haushalts- und Wirtschaftspartnerschafts-



fatal gewesen, »wenn das wirtschaftlich stärkste Land Europas nicht sichergestellt hätte, dass der Fiskalpakt und der dauerhafte Rettungsschirm ESM den Bundestag passieren könnten«.

Rote Karte für den FIES-KAHL-PAKT
DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Finanzhilfen verweigert und das Auflegen von Staatsanleihen durch die jeweiligen Staaten von der Europäischen Zentralbank (EZB) unterbunden.

Quelle: Jungle World

Anmerkung Orlando Pascheit

(Nachdenkseiten):

Man kann, so traurig dies ist, anscheinend nur noch darauf hoffen, dass das Verfassungsgericht erkennt und verurteilt, dass Brüssel direkt in die nationale Budgetpolitik eingreifen kann und sogar Ausgaben verbieten kann.

Anmerkung Montagsdemo:

Unsere Abgeordneten müssten alle mit „NEIN“ stimmen. Sie sind keine „Bänker“, wenn sie's wären, dann wären sie keine Abgeordneten.



Altersdiskriminierung – In Deutschland alltäglich?



Es ist ein Problem, das schwer zu fassen ist: mal wird ein Kredit nicht gewährt, mal eine Operation ausgedredet, Verträge werden nicht verlängert oder eine Bewerbung wird unter fadenscheinigen Argumenten abgelehnt. Dahinter könnte Altersdiskriminierung stecken, aber beweisen? Meist wird der wahre Grund für die Ablehnung nicht genannt, mit dem Alter hat das alles vordergründig nichts zu tun, aber in Wahrheit...? Problem Altersdiskriminierung, die Dunkelziffer ist recht hoch. Gerade erst hat eine Befra-

gung ergeben, dass Betroffene sich nicht trauen, gegen die Benachteiligung vorzugehen. Auch weil Diskriminierung aufgrund des Alters als normal empfunden wird. Altersdiskriminierung in Deutschland also ein nur allzu alltägliches Phänomen? Und es trifft nicht nur Senioren. Auch junge Menschen fühlen sich aufgrund ihres Alters benachteiligt, sogar in beträchtlicher Zahl. Ob jung, ob alt, insgesamt klagt laut Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes jeder fünfte über Altersdiskriminierung und das

wollen wir in der Lebenszeit genauer wissen: Wie verbreitet ist das Problem? Wen trifft es und in welchen Lebensbereichen? Haben Sie auch schon einmal das Gefühl gehabt, dass Ihnen aufgrund ihres Alters Unrecht geschehen ist? Haben Freunde, Bekannte solche Dinge schon erlebt? Was muss passieren, damit in Deutschland – auch mit Blick auf den demographischen Wandel – endlich vorurteilsfrei mit Alter und älter werden umgegangen wird?
Quelle: Deutschlandfunk



Clement übernimmt Vorsitz des INSM-Kuratoriums – das soziale Trugbild wird enttarnt

Der frühere Bundeswirtschaftsminister und Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. h.c. Wolfgang Clement, hat den Vorsitz des Kuratoriums der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) übernommen. Er tritt die Nachfolge von Hans Tietmeyer an, der seit Gründung der INSM im Jahr 2000 diesen Vorsitz innehat-

te. Dass Clement nun auch noch den Kuratoriumsvorsitz dieser sich selbst als „neoliberal“ bekennenden, von den Metall- und Elektroarbeitgeberverbänden millionenschwer finanzierten Propagandaa-gentur übernimmt, ist, wenn man dessen politisches Zerstörungswerk betrachtet, nur konsequent.

Es ist der definitive Beweis dafür, für welche Politik der ehemalige Sozialdemokrat in seinen früheren politischen Ämtern schon immer eingetreten ist und warum er einer der Hauptverantwortlichen dafür ist, dass die SPD ihre soziale Kompetenz verloren hat.
Quelle: nachdenkenseiten.de



Viele Azubis ohne Übernahmezusage

Im letzten Jahr der Ausbildung haben mehr als die Hälfte der Auszubildenden noch keine Übernahmezusage. Zu diesem Ergebnis kommt eine Befragung der DGB-Jugend unter Auszubildenden in sechs Bundesländern. Danach gaben nur 43

Prozent der Befragten an, dass sie bereits eine sichere Perspektive im Betrieb über die Ausbildungszeit hinaus haben. Trotz einer insgesamt guten Arbeitsmarktlage in Deutschland können viele Auszubildende von einer späteren Festanstellung in ihren Betrieben nur träumen.

Nur 17 Prozent der Lehrlinge im letzten Ausbildungsjahr haben eine Zusage für eine unbefristete Anstellung, ergab eine Umfrage der DGB Jugend unter Auszubildenden in sechs großen Flächenländern.
Quelle: DGB



(Stadt)Feste feiern – ohne Militär

Der Friedensrat Markgräflerland wendet sich gegen Versuche, die Menschen unseres Landes schleichend an „Krieg als Normalität“ zu gewöhnen. Die Teilnahme der Deutsch - Französischen Brigade am Stadtfest in Müllheim stellt solch einen Versuch dar. Deshalb waren am diesjährigen Stadtfest Aktivistinnen des Friedensrates am Stand der

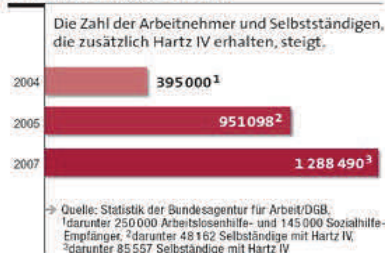
Brigade zugegen, um auf die Besonderheit dieses „Vereins“ aufmerksam zu machen: Die Deutsch - Französische Brigade ist eine Einrichtung zur Führung von Kriegen in aller Welt. Krieg ist das Gegenteil von Frieden. Heute aber, so der Friedensrat, braucht es zivile Wege, um Frieden zu schaffen. Viele Gespräche mit den Festbesuchern bestärkten

die Friedensaktivisten, die Teilnahme des Militärs am Stadtfest weiter zu problematisieren.

(Friedensrat Markgräflerland Presseinformation)



Immer mehr „Aufstocker“



Jeder dritte Hartz IV Bezieher ein Aufstocker

Der Arbeitsmarktökonom Hilmar Schneider vom Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) zeigte sich ebenfalls verwundert darüber, dass viele Vollzeitbeschäftigten auf Hartz IV angewiesen sind. Eigentlich müssten die Menschen aus dem Hartz IV-System herauskommen, wenn sie einen Job finden, „es sei denn, es werden sittenwidrige

Löhne gezahlt“. So könnte die Zahl der hohen Vollzeit-Aufstocker (etwa 330.000 Menschen) ein Hinweis dafür sein, dass die Jobcenter einen hohen Druck auf Hartz IV-Bezieher ausüben, jeden auch schlecht bezahlten Job anzunehmen. In Folge könnten Arbeitgeber dazu verleitet werden, niedrige Löhne unter der Produktivität zu zahlen, weil die Arbeitssuchenden

jede Stelle annehmen müssen. Ansonsten drohen Sanktionen in Form von Leistungskürzungen. Laut dem Ökonom verursachen die Leistungsträger somit eine „Marktverzerrung“ die zur Verfestigung des Aufstockens führt. Viele Betroffene verbleiben so in einer Art Dauerzustand.
Quelle: gegen-hartz.de

Millionen auf der Straße - Barrikaden in Madrid

Mehrere Millionen Menschen, so die Angaben der Gewerkschaften, haben in rund 80 Städten Spaniens gegen die Kürzungspolitik der Regierung von Ministerpräsident Mariano Rajoy demonstriert.

Zu den Aktionen hatten alle relevanten Gewerkschaften Spaniens - CCOO, UGT, CGT, Intersindical, USO und CSI-F - aufgerufen, die erstmals auch eine gemeinsame Pressekonferenz in Madrid veranstalteten, um gegen die Stunden zuvor im Parlament beschlossenen Kürzungen im Umfang von 65 Milliarden Euro zu pro-

testieren - die brutalsten Kürzungen seit der Rückkehr Spaniens zur »Demokratie«.

»Die Durchführung der Arbeitsmarktreform und der Kürzungen wird die Zerstörung von Hunderttausenden Arbeitsplätzen in allen Bereichen, nicht nur im öffentlichen Dienst, bedeuten«, kritisierte der Generalsekretär der CCOO, Ignacio Fernández Toxo. Die Regierung verurteile Menschen, die an der Krise nicht schuldig sind, zu Verarmung und extremer Armut.

In Madrid eskalierte die Situation in der vergangenen Nacht, als die Polizei gewaltsam gegen die

bis dahin vollkommen friedliche Großdemonstration zum Parlamentssitz voring. Die Beamten feuerten Gummigeschosse auf die Demonstranten und völlig unbeteiligte Passanten, um eine Umzirkelung des Kongressgebäudes zu verhindern. Zehntausende Menschen reagierten darauf, indem sie im gesamten Stadtzentrum Barrikaden errichteten.

Die an der Demonstration teilnehmenden Feuerwehrleute stellten sich in die erste Reihe, um die anderen Teilnehmer vor der Polizeigewalt zu beschützen.

VON: REDGLOBE

Quelle: scharf-links.de



Wirtschaftliche Ungleichheit größer als befürchtet

Eine veröffentlichte Studie des Tax Justice Network zeigt, dass die Unterschiede nach Vermögen und Einkommen zwischen Arm und Reich noch größer sind, als bisher angenommen wurde – zwischen 21 und 32 Billionen US-Dollar werden in Steueroasen gebunkert.

Die Ungleichheit in Einkommen und Vermögen zwischen reichen und armen Menschen hat mittlerweile Dimensionen angenommen, die nicht nur moralische, sondern auch wirtschaftliche und politische Probleme aufwerfen. Nach Zahlen von UNICEF aus dem Jahr

2011 z.B. verfügt das reichste Fünftel der Menschheit über mehr als 80 Prozent der weltweiten Einkommen. Eine neue Studie des Tax Justice Network kommt nun nach Auswertung der von reichen Personen in Steuer- und Verdunkelungsoasen gehorteten Vermögen zu dem Schluss, dass selbst diese alarmierenden Zahlen noch kein realistisches Bild liefern.

Unter den Titel "Inequality: You Don't Know the Half of It" kommen die Autoren Nicholas Shaxson, John Christensen und Nick Mathiason zu dem Schluss,

dass viele Billionen an privaten Vermögen bisher nicht in die Berechnung von Einkommens- und Vermögensungleichgewichte einbezogen worden sind. Wenn solche Vermögen in Steuer- und Verdunkelungsoasen angelegt sind, wo die tatsächlichen Eigentümer teilweise nicht registriert werden müssen, können sie für die Berechnungen der Statistiker nicht herangezogen werden.

Quelle 1: blog steuergerechtigkeit

Quelle 2: Inequality: You Don't Know the Half of It



EU: Arbeitsrecht in der Krise

Ein Working Paper des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (ETUI) vom April 2012 gibt erstmals einen umfassenden Überblick über Arbeitsrechtsreformen in Krisenzeiten. Wenig überraschend: es findet ein massiver Rückbau von ArbeitnehmerInnenrechten statt. ArbeitnehmerInnenrechte werden massiv rückgebaut, einer weiteren Prekarisierung

und Atypisierung von Beschäftigungsverhältnissen Vorschub geleistet. Quer durch Europa wird versucht, über eine Dezentralisierung von Verhandlungsprozessen bzw. eine Verbetrieblichung von Arbeitsbeziehungen gewerkschaftliche Mitbestimmungsrechte und Kernkompetenzen entscheidend zu beschneiden. Demokratische Grundsätze werden bei Arbeitsrechts-

reformen vielfach umgangen, „Rettungsmaßnahmen“ zum Abbau sozialer Rechte genutzt. Die Krise wird gerne als Vorwand für „Reformen“ vorgeschoben, die tatsächlich in keinerlei Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise stehen und unter anderen ökonomischen Voraussetzungen nicht durchsetzbar gewesen wären.

Quelle: Belvederegasse



Arbeitsvertrag
Abmahnung
Kündigung
Lohn/Gehalt
Arbeitsgericht
Arbeitszeit
Beschwerderecht
Zeugnis
Urlaub

V.i.s.d.P. :
Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell
Oberhofstrasse 1
79730 Murg/ Baden
Tel: 07763 - 9275807
E-Mail: aloisia.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann
Eisenbahnstr. 7
79585 Steinen
Tel: 07627 - 8127
E-Mail: khirschmann@gmx.de

www.montagsdemo-rheinfelden.de



Wir brauchen Spenden !

Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE !

Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im Nelli Nashorn in Lörrach, Tumringer Str. 248 um 20:00 Uhr
- **Lisy** - Initiative von Links-Sympathisanten und Mitgliedern DIE LINKE, Es ist ein Gesprächskreis über politisch-kulturelle Themen, in der Regel jeden dritten Freitag im Monat in Weil oder Grenzach statt. Anmeldungen unter: info@dreieck-lisy.de
- **Wir planen eine Protestaktion gegen Leiharbeit**

voraussichtlich am Samstag den 11. August 2012, um 9:00 Uhr in Rheinfelden vor dem Werktor der EVONIK. Leiharbeit ist moderne Sklaverei und gehört abgeschafft.



Rheinfelder Montagsdemo aktuell



Die politischen und sozialen Probleme werden immer schlimmer. Ein Europa des sozialen Friedens und der Solidarität, weit entfernt sind wir davon. Aber ein Europa der Finanzhaie und Großkonzerne, die die Bürger Europas wie Zitronen auspressen und deren Steuergelder verschwenden, das haben wir zugelassen. Die Politik hat versagt auf allen Ebenen oder



nicht? Nein sie haben die Völker Europas verraten und sich zum Handlanger der Finanzhaie und der Großbourgeoisie gemacht! Was gelten Wahlversprechen? Nichts nur hohle Phrasen! Wir



alle sind Bürger Europas und es geht uns alle an, was in Griechenland, Spanien, Portugal, Italien und anderen Ländern passiert, es ist unser Europa. Tun wir was für unser Europa. Stillhalten hilft nicht. Solidarität ist gefragt: Wie sagte einst Karl Marx: „Proletarier aller Länder vereinigt euch“. Fangen wir in Europa an, es ist unser Europa und nicht das der Kapitalisten. Die Agenda 2010 muss gestoppt und nicht in unsere



Nachbarländer exportiert werden. Nur ein soziales Europa ist ein friedliches Europa. Auch dafür sind Montagsdemonstrationen jeden Montag 18:00 Uhr in Rheinfelden auf dem Oberrheinplatz. Nicht nur montags zeigen wir unseren Protest und Solidarität. Auch unsere geplante Aktion gegen Leiharbeit vor den Werktores Rheinfeldens soll



aufzeigen, wie ungerecht es in unserer Gesellschaft zugeht. Auch um Mut zu ma-



chen, dass es noch Menschen gibt, die Widerstand leisten. Wer mehr Informationen benötigt kann jeden



Montag um 18:00 Uhr in Rheinfelden bei uns nachfragen.